



# Zeit für Europa – Zeit für Wachstum

Resolution der Mitgliederversammlung  
von IHK NRW / 8. Mai 2024

## Richtungswahl für die NRW-Wirtschaft

In Zeiten des Krieges und des wirtschaftlichen Umbruchs wird die Europawahl zur Richtungswahl auch für die NRW-Wirtschaft. In der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments wird es darauf ankommen, den Frieden zu sichern und die Grundlage für erfolgreiches Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen zu legen.

Die NRW-Wirtschaft ist auf eine starke und handlungsfähige EU angewiesen, die sicheres Wirtschaften ermöglicht. Europa muss noch stärker den globalen Standortwettbewerb in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen annehmen. Zuletzt hat sich die EU auf die regulative Rechtssetzung konzentriert, die in ihrer Komplexität viele Unternehmen überfordert. Damit die Europäische Union ein Erfolgsprojekt bleibt, sieht die Mitgliederversammlung von IHK NRW die Zeit für neue Weichenstellungen gekommen.

In den kommenden Jahren muss die Union im Verbund mit den Mitgliedstaaten den Fokus auf eine wirtschaftlich nachhaltige Perspektive für Wachstum und Wohlstand legen. Hierfür hat IHK NRW viele konkrete Vorschläge zusammengetragen ([#NRWinEUropa](#)) und Handlungsfelder für die NRW-Wirtschaft benannt ([IHK NRW](#) und [DIHK](#)).

## Vier Zielsetzungen treten hierbei hervor:

### ■ Wachstum für Europa sichern!

In NRW hängt rund ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung - rund 140 Milliarden Euro - an den EU-Exporten. Um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können, ist es wichtig, dass Europa wachsen kann. Gerade beim Wachstum bleibt die EU jedoch zurück. Für die kommenden Jahre erwartet die OECD ein Wachstum in der Welt von bis zu 3 Prozent, für die USA immerhin noch 2,1 Prozent. Für den Euroraum fallen die Schätzungen mit nur 1,3 Prozent für das Jahr 2025 schwächer aus ([OECD 2024](#)). **Das Ziel** muss es sein, die Europäische Union mit einer neuen Agenda für Wettbewerbsfähigkeit in einer neuen globalen Weltordnung aufzustellen.

### ■ Handlungsfähigkeit für Europa erlangen!

Die europäische Union hat sich ehrgeizige Ziele für die nachhaltige Transformation gesetzt. Mit dem Green Deal und weiteren Rechtsakten hat die EU den Rahmen für das Wirtschaften in der EU gesetzt. Für die kommenden Jahre wurden weitere Eingriffe wie bspw. das „Jahrzehnt der Zirkularität“ angekündigt. Noch sind viele der beschlossenen Regelungen zu komplex. Für die Umsetzung in den Unternehmen fehlen praxistaugliche Lösungen. Bundes- und Landesregierung sind gefordert, das beschlossene Regelwerk nicht weiter zu überfrachten, sondern alle Möglichkeiten zur Vereinfachung zu nutzen. **Das Ziel** muss es sein, die bestehenden Regeln praxistauglich auszurichten, um die EU, den Bund und das Land NRW fit für den Wandel zu machen.

### ■ Fachkräfte für Europa gewinnen!

2,5 Millionen Menschen in NRW mit Migrationshintergrund tragen zum Wohlstand des Landes bei. Wir sind überzeugt, dass Weltoffenheit essenziell für Wohlstand und Zukunftsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen als Wirtschaftsstandort ist ([27prozentvonuns.de](https://www.27prozentvonuns.de)). Trotz der Zuwanderung der vergangenen Jahre zeigen jüngste Prognosen einen Bevölkerungsrückgang von 1,7 Prozent bis ins Jahr 2050 für NRW. Noch stärker wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zurückgehen: der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren soll demnach bis 2050 um rund 1 Millionen Menschen sinken ([IT.NRW 2022](https://www.it.nrw.de)). **Das Ziel** muss es daher sein, die Arbeitnehmermobilität innerhalb der EU zu fördern, bürokratische Hindernisse bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit abzubauen und die Erwerbsmigration aus Drittstaaten zu stärken.

### ■ Unternehmertum für Europa anstoßen!

Die europäische Regulierung wird zunehmend kleinteiliger und verliert immer mehr ihren Charakter eines übergeordneten Rechtsrahmens. Der Grundsatz der Subsidiarität geht verloren. Allein in den Jahren 2020 bis 2023 haben Rat und Parlament 2.552 Rechtsakte verabschiedet. Hinzu kamen im selben Zeitraum 6.422 delegierte Rechtsakte, die Details für die Umsetzung eines Rechtsakts festlegen. Unsere Umfragen zeigen, dass die Überforderung mit Informations-, Dokumentations- und Nachweispflichten zu den größten Sorgen unserer Betriebe gehören. In der kommenden Legislaturperiode gilt es, den weiteren Aufwuchs an Bürokratielasten zu stoppen und umzukehren. **Das Ziel** muss es sein, mehr Freiraum für Unternehmertum in Europa zu schaffen.

Wir erwarten, dass sich die Europäische Union nicht auf dem Erreichten ausruht, sondern sich weiter verbessert. Auch die IHKs in NRW werden sich in der kommenden Legislatur noch stärker aus Nordrhein-Westfalen heraus konstruktiv in den Dialog in Brüssel, im Sinne des Wirtschaftsstandorts und der NRW-Wirtschaft, einbringen.

Denn die Europäische Union geht uns alle an!